

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Geschäftsbericht 2005

#### Finanzpolitik

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Durch Anpassung der Aufwandentwicklung an die Ertragssituation den mittelfristigen Ausgleich des Staatshaushaltes gewährleisten
<b>Massnahme</b>	Integrale und konsequente Umsetzung des Sanierungsprogramms 04 (San04)
<b>Stand</b>	Mit Ausnahmen weitgehend umgesetzt
<b>Kommentar</b>	Die Einzelmassnahmen aus dem Sanierungsprogramm 04 (San04) werden weitgehend planmässig umgesetzt. Grösste Ausnahme ist dabei die Revision des Finanzausgleichsgesetzes. Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Massnahmen steht teilweise auch die vorgezogene Umsetzung von Massnahmen gegenüber.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Umsetzung der Entlastungsmassnahmen aus dem Sanierungsprogramm 04 (San04) wird jeweils mit dem Voranschlag und der Rechnung überprüft. Die Entlastungsmassnahmen aus dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 (MH06) sind mit Ausnahme der vom Kantonsrat abgelehnten Steuererhöhung im KEF 2006–2009 eingestellt und können als umgesetzt betrachtet werden.
<b>Massnahme</b>	Wirksame Vertretung der Forderungen des Kantons Zürich bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
<b>Stand</b>	Mehrheitlich erfüllt
<b>Kommentar</b>	–
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Aussicht auf Erfüllung der ausstehenden Forderungen sind 2006 intakt.
<b>Massnahme</b>	Auf- und Ausbau des Leistungscontrollings
<b>Stand</b>	Pendent
<b>Kommentar</b>	Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr entschieden, das Leistungscontrolling im engeren Sinne mit dem Finanzcontrolling in der Finanzdirektion zusammenzuführen. Daneben soll aber ein direktionsübergreifendes Regierungscontrolling oder eine –steuerung in der Staatskanzlei verbleiben. Dessen genaue Aufgaben sind noch nicht festgelegt worden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Leistungscontrolling soll in der ersten Hälfte 2006 in der Verordnung über das Controlling (VoC) geregelt werden.
<b>Massnahme</b>	Umsetzung des Controllings über Beteiligungen, Staatsbeiträge, Risiken und Substanzerhaltung gemäss Entwurf zum neuen Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)
<b>Stand</b>	S. vorangehende Massnahme
<b>Kommentar</b>	–
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Controlling über Staatsbeiträge, Beteiligungen, Risiken und Substanzerhaltung soll in der ersten Hälfte 2006 in der Verordnung über das Controlling (VoC) geregelt werden.

Massnahme	Optimierung der Arbeitsprozesse und Senkung der Kosten bei der Steuer- veranlagung und beim Steuerbezug durch eine zentrale Datenhaltung für Kanton und Gemeinden
Stand	Erfüllt
Kommentar	Am 25. April hat der Kantonsrat die Steuergesetzänderung (organisato- rische und verfahrensrechtliche Bestimmungen) verabschiedet; die Ände- rung tritt am 1. Juli 2006 in Kraft. Damit entsteht ein zentrales kantonales Steuerregister und die Finanzdirektion kann Vorschriften über den elektro- nischen Datenaustausch erlassen.
Weiteres Vorgehen	-
Massnahme	Evaluieren der Synergiepotenziale und Förderung von Synergien, z. B. durch Kooperationsprojekte zwischen Verwaltungseinheiten, auch interkantonal, sowie zwischen Verwaltung und Privaten
Stand	Laufend
Kommentar	In zahlreichen Bereichen sind vor allem in der Ostschweiz Harmonisierun- gen in Form von gemeinsamen Standards und Kennzahlen sowie gemeinsa- men Formularen erreicht worden (z. B. in der Kantonsbaumeister-Konferenz oder in der privaten Kontrolle Energie).
Weiteres Vorgehen	Ab dem 1. Januar 2006 findet die Organisation der Privaten Kontrolle Ener- gie für die Kantone ZH und SG unter dem Dach von ZH statt. Der Anschluss der Kantone AR und GL wird geprüft.
Strategisches Ziel	2. Verschuldung um höchstens 25 Prozent anwachsen lassen
Massnahme	Verbesserung der Selbstfinanzierung durch Ertragsüberschüsse in der Lau- fenden Rechnung
Stand	Nicht nachhaltig erreichbar
Kommentar	Im Berichtsjahr konnte wegen des einmaligen Effekts der Nationalbank- Goldausschüttung von 1,6 Mrd. ein hoher Ertragsüberschuss erzielt werden. Für 2006 ist aber wegen der Ablehnung der Steuererhöhung von 100 Pro- zent auf 105 Prozent mit einem Aufwandüberschuss zu rechnen.
Weiteres Vorgehen	Konzentration auf mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung
Massnahme	Verminderung der geplanten Investitionsausgaben 2004–2007 (gemäss San04)
Stand	Laufend
Kommentar	Die Überprüfung der geplanten Investitionsausgaben ist im Rahmen von MH06 im Gange.
Weiteres Vorgehen	Nach Abschluss der Überprüfung sollen die beschlossenen Massnahmen im KEF 2007–2010 umgesetzt werden.
Strategisches Ziel	3. Einnahmeseitig weitere Ertragsausfälle (Steuern und Gebühren) vermei- den
Massnahme	Wirksame Vertretung des Verzichts auf den Seniorenabzug
Stand	Erledigt
Kommentar	-
Weiteres Vorgehen	-

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Massnahme</b>	Ablehnung der sich wiederholenden Forderungen nach Reduktion der (vergleichsweise moderaten) Notariats- und Grundbuchgebühren
<b>Stand</b>	Erreicht
<b>Kommentar</b>	Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 7. März die Herabsetzung der Grundbuchgebühren von 2,5 auf 1 Promille abgelehnt. Es bleibt somit bei Grundbuchgebühren von 2,5 Promille gemäss § 25 Notariatsgesetz.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-
<b>Massnahme</b>	Verbessern des Marketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit des Steueramts mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit
<b>Stand</b>	Weitgehend umgesetzt
<b>Kommentar</b>	Bei Ansiedlungsprojekten der Standortförderung wird das Steueramt im Rahmen des one stop shops beigezogen. Die Zusammenarbeit funktioniert gut.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-

## Standortförderung

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft vermindern
<b>Massnahme</b>	Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich
<b>Stand</b>	Wird laufend umgesetzt.
<b>Kommentar</b>	Der Standortmonitoringbericht der Greater Zurich Area (GZA, Auftraggeber) und der CREDIT SUISSE (Auftragnehmer) für 2005 liegt vor.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Der Bericht 2006 ist in Vorbereitung.
<b>Massnahme</b>	Schaffung von einfachen und raschen Verfahren zur Entlastung, insbesondere der bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen, als Daueraufgabe
<b>Stand</b>	Teilweise umgesetzt
<b>Kommentar</b>	Die gemeinsame Internet-Plattform «www.bewilligungen.zh.ch» mit allen wirtschaftsrelevanten kantonalen Bewilligungen ist realisiert. Mit der Nutzung der Internetplattform für Bewilligungsverfahren (Arbeitszeitbewilligungen, Arbeitsbewilligungen und Unternehmensgründung) wurden nachhaltige Vereinfachungen in die Wege geleitet. Die zentrale Baubewilligungsstelle ist seit 1. Juli operativ.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Cluster-Projekte: Anstossen oder Bündeln von verschiedenen Initiativen mit dem Ziel, dass sich ähnlich ausgerichtete Firmen gegenseitig ergänzen und Synergien schaffen können.
<b>Stand</b>	Teilweise umgesetzt
<b>Kommentar</b>	Teil von Standortentwicklung und -marketing. Die Schwerpunkte Bio- und Medizinaltechnologie, Finanzdienstleistungen, Headquarters und High-tech-Cluster sind in Bezug auf den Business Plan weit fortgeschritten. Für Headquarters wurde im Berichtsjahr ein umfassendes Bestandespflegeprogramm initiiert: Ein gut funktionierendes Netzwerk mit Auslandshandelskammern, Verbänden und unternehmensbezogenen Dienstleistern wurde aufgebaut, die 50 wichtigsten Schlüsselkunden festgelegt und regelmässige Firmenkontakte organisiert.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Der Cluster Headquarters könnte erweitert werden; weitere Cluster sind in Abklärung.
<b>Massnahme</b>	Gründungsplattform zur Vereinfachung von Unternehmensgründungen durch Information, Vernetzung und Inpflichtnahme aller Partner
<b>Stand</b>	Bereits 2004 vollständig umgesetzt
<b>Kommentar</b>	–
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Stärkung von Innovation und Technologietransfer: Unterstützung von Initiativen, damit das Wissen, das an Hochschulen und Universitäten vorhanden ist, von Unternehmen wirtschaftlich genutzt werden kann.
<b>Stand</b>	Laufend

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Es besteht eine enge Vernetzung durch den Einbezug der Universitäten und Fachhochschulen. Gemeinsame Projekte im Bereich der Bio- und Medizintechnologie und Unternehmensgründungen werden unterstützt und eine internationale Vernetzung von Technoparks im Rahmen eines EU-Projekts angestrebt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Verstärkung des Engagements auf nationaler und internationaler Ebene für den Finanzplatz Schweiz
<b>Stand</b>	Teilweise umgesetzt
<b>Kommentar</b>	Die Financial-Center-Initiative wurde mit Verbänden, Unternehmen und anderen Kantonen aufgebaut, das Swiss Financial Center Watch, Monitoring des Finanzplatzes, installiert, das Zurich Wealth Forum 2006 hat stattgefunden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Es besteht weiterhin Handlungsbedarf bei Bildung, Weiterbildung und Forschung, da der Finanzplatz Zürich im Vergleich zu Konkurrenzstandorten an Produktivitäts- und Innovationskraft verliert.
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft fördern, attraktiven Lebensraum erhalten und natürliche Ressourcen schonen
<b>Massnahme</b>	Weitere Vermeidung der Umweltbelastung in Luft und Gewässern und durch Strahlungen
<b>Stand</b>	Stagnierend: seit 5 Jahren keine Verbesserung der Luftqualität
<b>Kommentar</b>	Die gängigen Massnahmen zur Reduktion der Gewässerbelastung durch Nährstoffe (P, N) stossen an ihre Grenzen. Weitere Probleme sind im Bereich der Mikroverunreinigungen erkannt. Das Massnahmendefizit zeigt sich besonders beim Feinstaub und Ozon. Die nichtionisierende Strahlung ist nach wie vor innerhalb der Grenzwerte. Zusätzliche Massnahmen zur Reduktion des Nährstoffeintrags sind bei der Kanalbewirtschaftung, der Abwasserreinigung und allenfalls an der Quelle zu prüfen und bei Bedarf zu realisieren.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Weitere Studien zur Reduktion des Nährstoffeintrags sind erforderlich.
<b>Massnahme</b>	Erstellen eines Nachhaltigkeitsberichts als periodische Standortbestimmung für die strategische Planung
<b>Stand</b>	Vorbereitungsarbeiten sind im Gang.
<b>Kommentar</b>	Ein Vorgehensvorschlag zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts liegt vor.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Dem Regierungsrat wird Anfang 2006 ein Beschluss zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts vorgelegt.
<b>Massnahme</b>	Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung
<b>Stand</b>	Vor Abschluss

<b>Kommentar</b>	Im Oktober 2004 startete in der Volkswirtschaftsdirektion in Zusammenarbeit mit der Bau- und der Gesundheitsdirektion sowie dem Zürcher Bauernverband das Projekt «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich», mit dem Ziel, die Auflagedichte und die Kontrollmechanismen für die Landwirtschaft zu optimieren und wirkungsvolle Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft zu prüfen. Die Projektarbeiten wurden auf Ansinnen des Zürcher Bauernverbandes für vier Monate unterbrochen. Die Arbeit in den Teilprojekten wurde im November wieder aufgenommen und die Projektlaufzeit bis Ende April 2006 verlängert.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Es ist geplant, das Projekt bis Ende April 2006 abzuschliessen; die Umsetzungsphase soll unmittelbar folgen.
<b>Massnahme</b>	Ausrichten der Siedlungsentwicklung schwerpunktmässig auf den öffentlichen Verkehr
<b>Stand</b>	Daueraufgabe
<b>Kommentar</b>	Die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf den öffentlichen Verkehr erfolgt über den kantonalen Richtplan (vorab Siedlungsplan und Verkehrsplan). Darin werden konkrete Projekte aufgeführt sowie Aufträge zuhanden nachgeordneter Planungsträger formuliert.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Laufende Raumbesichtigung, nötigenfalls Anpassungen des kantonalen Richtplans sowie Unterstützung der regionalen und kommunalen Planungen
<b>Massnahme</b>	Massnahmenpläne für die Bereiche Wasser, Energie und Luft als Grundlage für die Raumplanung
<b>Stand</b>	Bereich Wasser in Arbeit; Luft und Energie werden 2006 überarbeitet.
<b>Kommentar</b>	Ergänzungsbedarf besteht bezüglich Feinstaub. Im Bereich Wasser wurden die Pläne für zwei von zehn Einzugsgebieten fertig gestellt. Die Bearbeitung eines dritten Einzugsgebietes wird im Frühjahr 2006 abgeschlossen. Verzögerte Bearbeitung weiterer Einzugsgebiete durch MH06.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Vorlage des Luft-Programms erfolgt Mitte 2006. Für den Bereich Wasser ist das weitere Vorgehen durch die Vernehmlassung und Kommunikation der bereits erstellten Pläne sowie durch die Erarbeitung weiterer Pläne geprägt.
<b>Massnahme</b>	Umweltbewusstes Verhalten der öffentlichen Hand
<b>Stand</b>	Laufende Bestrebung
<b>Kommentar</b>	Die Förderung des umweltbewussten Verhaltens der öffentlichen Hand basiert auf verschiedenen Einzelmassnahmen und bleibt weiterhin eine Daueraufgabe. Im Berichtsjahr gab es dabei sowohl Rückschläge als auch Fortschritte. Das Potenzial ist aber nach wie vor beträchtlich und darüber hinaus ist es schwierig, passende Zielwerte zu definieren.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Weiteres Vorgehen	Die Aktivitäten im Bereich «ökologische Beschaffung» werden weitergeführt und auf diejenigen Bereiche konzentriert, in denen die grösste Wirkung erzielt werden kann. Das «ökologische Bauen» soll im bisherigen Rahmen unterstützt werden. Es sind weiterhin kontinuierliche Verbesserungen in Richtung umweltbewusstes Verhalten der öffentlichen Hand anzustreben.
Strategisches Ziel	3. Entlastungsräume entwickeln
Massnahme	Erarbeitung eines Konzepts Erholungs-, Lebens- und Wirtschaftsraum Albis/Sihlital/Zimmerberg
Stand	Zwischenbericht steht
Kommentar	Der Zwischenbericht vom März enthält Ziele und Massnahmen bezüglich Natur und Landschaft, Erholung sowie Wirtschaft, Siedlung und Verkehr.
Weiteres Vorgehen	Vorgehensvorschlag durch Direktionsvorsteherin
Massnahme	Erarbeitung Vision Zürichsee 2050 (Erholung, Natur, Ökologie)
Stand	Der Synthesebericht ist im Entwurf erstellt.
Kommentar	Der Synthesebericht wurde anlässlich eines Kolloquiums an der Hochschule Rapperswil sowie in der Planungsgruppe Pfannenstiel präsentiert. Er wurde generell positiv aufgenommen.
Weiteres Vorgehen	Die Vision wird in Bezug auf zusätzliche Indikatoren weiterentwickelt, zudem werden konkrete Massnahmenvorschläge erarbeitet. Für den Zürichseeuferweg Richterswil-Wädenswil erfolgt die Projektauflage.

## Flughafenpolitik

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich schaffen
<b>Massnahme</b>	Schaffung klarer, kurz- und mittelfristiger Rahmenbedingungen und von Rechtssicherheit durch ein neues Betriebsreglement für den Flughafen Zürich
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Voraussetzung für das definitive Betriebsreglement ist ein Objektblatt im Rahmen des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL). Die Arbeiten am SIL-Objektblatt Flughafen Zürich sind im Berichtsjahr wieder aufgenommen worden. Zunächst wurden die für die Erstellung des Objektblattes notwendigen Grundlagen (mittel- und langfristige Nachfrageprognosen, betriebliche Eckwerte u.a.m.) erarbeitet sowie eine Vielzahl von Vorgaben und Bewertungskriterien festgelegt für die Beurteilung der noch zu erarbeitenden Betriebsvarianten (gesellschaftliche, wirtschaftliche und Umweltkriterien). Diese Grundlagenarbeiten fanden ihren Abschluss mit dem Koordinationsgespräch 1, an dem über das bisher Erreichte und das weitere Vorgehen informiert wurde. Der Regierungsrat erachtet diese Grundlagen und Vorgaben für den weiteren Prozessverlauf als grundsätzlich geeignet, seinen Zielen zur Flughafenpolitik sowie zur räumlichen Entwicklung der Flughafenregion zum Durchbruch zu verhelfen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Grundlagenarbeiten für das SIL-Objektblatt Flughafen Zürich werden mit dem Ziel weitergeführt, bis 2007 die formellen Verfahren für die Festlegung des SIL-Objektblattes starten zu können.
<b>Massnahme</b>	Unterstützung des Bundes und der Flughafenpartner im Hinblick auf eine faire, diskriminierungsfreie Regelung für die Benützung des schweizerischen und des süddeutschen Luftraums
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Gegen das abschlägige Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 23. Januar 2004 haben die FZAG und die Swiss beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Revisionsklage erhoben. Dieses hat das Verfahren am 4. Mai sistiert, bis die Klage entschieden ist, die der Bund beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gegen den abschlägigen Entscheid der EU-Kommission eingereicht hat.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften ist in der 2. Jahreshälfte 2006 zu erwarten.
<b>Massnahme</b>	Schaffung transparenter Planungsgrundlagen für die langfristige Entwicklung der Flughafenregion und des Flughafens
<b>Stand</b>	Etappenziel erreicht



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Mit dem Projekt RELIEF (RRB Nr. 1039/2004) wurden Lösungen skizziert, wie die Entwicklung der Flughafenregion und die Entwicklung des Flughafens langfristig aufeinander abgestimmt werden können. Am 29. März wurde ein vorläufiges Betriebsreglement durch das BAZL genehmigt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Weitere Prüfung derjenigen Elemente aus RELIEF, die der Regierungsrat vertieft prüfen lassen will
<b>Massnahme</b>	Herstellung von Planungssicherheit durch Festlegung der langfristigen Entwicklungsperspektiven im kantonalen Richtplan und im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL)
<b>Stand</b>	In Bearbeitung
<b>Kommentar</b>	Der kantonale Richtplan und der SIL sind planungshierarchisch auf der gleichen Stufe anzusiedeln und müssen gegenseitig aufeinander abgestimmt werden. Die Grundlagen zur Überarbeitung des kantonalen Richtplans und des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt sind in Bearbeitung (s. auch oben).
<b>Weiteres Vorgehen</b>	2007 sollen Entwürfe zu Richtplan und SIL gleichzeitig in die Anhörung gegeben werden können.
<b>Massnahme</b>	Suche von alternativen, nach Norden orientierten Anflugverfahren zur Verlagerung der durch die einseitigen deutschen Massnahmen verursachten zusätzlichen Ost- und neuen Südanflüge
<b>Stand</b>	In Bearbeitung
<b>Kommentar</b>	Das BAZL führte im Sommer verschiedene Versuchsflüge zum gekröpften Nordanflug nach Sicht durch, die zeigten, dass dieses neue Anflugverfahren grundsätzlich machbar ist.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Verfahren braucht noch verschiedene Anpassungen. Zudem muss die Schweiz hinsichtlich des Grenzabstandes das Gespräch mit Deutschland suchen. Ein Termin für die Einführung des Verfahrens kann noch nicht genannt werden.
<b>Massnahme</b>	Förderung der Bahn auf Verbindungen, auf denen sie dem Luftverkehr gegenüber gute Wettbewerbschancen besitzt
<b>Stand</b>	Wichtiges Etappenziel erreicht
<b>Kommentar</b>	Das eidgenössische Parlament hat alle Objekte von Bedeutung für den Kanton Zürich beschlossen. Die Ausbauten für die Aufwertung der Relationen Zürich–Stuttgart, Zürich–München und Zürich–Paris werden in den Jahren 2010–2013 fertig gestellt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Wahrung der Interessen des Kantons Zürich bei der Umsetzung und Fahrplangestaltung
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens
<b>Massnahme</b>	Festlegung einer Eigentümerstrategie zur Werterhaltung der Beteiligungen des Kantons an der FZAG
<b>Stand</b>	Wichtige Abklärungen erfolgt

<b>Kommentar</b>	Es liegen Grundlagen und konzeptionelle Vorstellungen zu einer Eigentümerstrategie vor. Die eingehende Prüfung verschiedener Handlungsoptionen ist erfolgt. Vor einer detaillierten Umsetzung und Kommunikation sind noch weitere Grundlagen zu erarbeiten und zu prüfen. Zudem sind vor der Festlegung einer Eigentümerstrategie die verschiedenen bestehenden Risiken nochmals umfassend zu beurteilen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Fertigstellung und Beschluss der Eigentümerstrategie bis Ende 2006
<b>Massnahme</b>	Vertiefte Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der Flughafenentwicklung und der gesamten Volkswirtschaft vor dem Hintergrund der weltweit vor sich gehenden Entwicklungen auf dem Luftverkehrsmarkt
<b>Stand</b>	Abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Die Studie «Volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich, Auswirkungen verschiedener Entwicklungsszenarien» ist abgeschlossen und wurde am 23. Juni der Öffentlichkeit vorgestellt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Erweiterung des politischen Dialogs zur Abstützung der flughafenpolitischen Massnahmen innerhalb des Kantons und im Verhältnis mit Bund, Nachbarkantonen und süddeutschen Körperschaften
<b>Massnahme</b>	Überprüfung und gezielte Verbesserung der Funktionen und Strukturen des konsultativen Organs des Regierungsrates, runder Tisch Flughafen Zürich, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Gemeinden und Institutionen
<b>Stand</b>	Erledigt
<b>Kommentar</b>	Mit der Neugestaltung und Wiederaufnahme der Konsultativen Konferenz gemäss § 4 des Flughafengesetzes ist das Ziel der Massnahme erreicht worden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Förderung des politischen Dialogs im Verkehr mit Bund, Nachbarkantonen und süddeutschen Körperschaften mit geeigneten Organisationen und Verfahren
<b>Stand</b>	Erledigt
<b>Kommentar</b>	Der SIL-Prozess, in dessen Rahmen der politische Dialog mit dem Bund, den Nachbarkantonen und Süddeutschland erfolgt, ist im Berichtsjahr wieder aufgenommen worden. Damit ist das Ziel der Massnahme erreicht.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Breite Abstützung und professionelle Kommunikation der Massnahmen und Ergebnisse der Flughafenentwicklung und -planung
<b>Stand</b>	Laufend, in hohem Masse erfüllt
<b>Kommentar</b>	Die Kommunikationsmassnahmen (z.B. Newsletter zur Flughafenpolitik) werden laufend umgesetzt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Infrastrukturpolitik

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Die Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und die Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme sicherstellen
<b>Massnahme</b>	Entwicklung von regionalen Verkehrskonzepten mit Schwergewicht in den Agglomerationsräumen Zürich, Winterthur, Limmattal und Glattal sowie Erstellung von Realisierungs- und Finanzierungsplänen, die auf die Anforderungen der Agglomerationspolitik des Bundes abgestimmt sind.
<b>Stand</b>	Im Plan
<b>Kommentar</b>	Die regionalen Gesamtverkehrskonzepte für die Regionen Zürich, Winterthur, Glattal und Limmattal sind weitgehend fertig gestellt und können Anfang 2006 dem Regierungsrat vorgelegt werden. Eine darauf basierende Synthese dient als Basis für das Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr des Kantons Zürich, welches ebenfalls Anfang 2006 beim Bund zur Vorprüfung eingereicht werden soll, mit dem Ziel, Bundesbeiträge für den Agglomerationsverkehr zu erhalten. Der revidierte kantonale Verkehrsrichtplan befindet sich derzeit in der parlamentarischen Behandlung. Eventuell werden nach dessen Festlegung noch Anpassungen an den regionalen Gesamtverkehrskonzepten nötig sein.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Es ist geplant, das Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr nach einem entsprechenden Beschluss des Regierungsrates Anfang 2006 beim Bund zur Vorprüfung einzureichen. Für die Ausrichtung von Bundesbeiträgen an Agglomerationsprogramme braucht es allerdings noch entsprechende gesetzliche Grundlagen. Diese werden zurzeit von der Bundesversammlung beraten.
<b>Massnahme</b>	Vorlage des Richtplans Verkehr
<b>Stand</b>	Im Vorjahr erledigt
<b>Kommentar</b>	Die Vorlage 4222 wurde dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren unterzogen. Nach Auswertung der Einwendungen befindet sich die Vorlage in Beratung durch die Kommissionen KPB und KEVU.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Allgemeines Sicherstellen der Umweltverträglichkeit neuer Infrastrukturbauten über flankierende Massnahmen
<b>Stand</b>	Daueraufgabe
<b>Kommentar</b>	Die Umweltverträglichkeit wird im Rahmen der laufenden Aufgaben sichergestellt. Vorhaben, welche die Umwelt erheblich belasten können, müssen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden (UVP). Im Rahmen der UVP werden diejenigen Massnahmen festgelegt, welche zur Einhaltung des Umweltrechts nötig sind.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–

<b>Massnahme</b>	Priorisierung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Verhältnismässigkeit und der Wirksamkeit; Übernahme von mindestens der Hälfte des künftigen Verkehrszuwachses
<b>Stand</b>	In Erarbeitung
<b>Kommentar</b>	Die drei Konzepte für regionale Verkehrssteuerungen (RVS) in den Regionen Winterthur, Glattal und Limmattal wurden ausgeschrieben und die Vergabe ist erfolgt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Ziele und Massnahmen werden im Rahmen der Implementierung der GVK und des Controllings ab 2006 festgelegt und verfolgt.
<b>Massnahme</b>	Umsetzung der Strategie Hochleistungsstrassen (HLS), insbesondere durch planerische Konkretisierung der Projekte Stadttunnel/Verkehr Zürich West, K10 und Umfahrung Winterthur und Oberland-Autobahn in Abstimmung mit der Sachplanung des Bundes und der Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
<b>Stand</b>	Planerische Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Die Anschlussarbeiten zur Strategie Hochleistungsstrassen (HLS) sind abgeschlossen und es konnten politische Entscheide erwirkt werden. Die Umsetzung der Strategie ist in die Revision des kantonalen Verkehrsrichtplans und in die Agglomerationsprogramme eingeflossen. Der Sachplan Verkehr auf Stufe Bund ist in Verzug, das Vorhaben ist jedoch angemeldet.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Für ausgewählte Vorhaben wie Oberland-Autobahn und die Verkehrsbeeinflussungsanlagen Zürich Nord liegen die Projekte bereits vor. Sobald der Richtplan Verkehr vom Kantonsrat beschlossen und der Sachplan Verkehr auf Stufe Bund verankert ist, werden weitere Projekte wie die K10, der Stadttunnel und die Umfahrung Winterthur ausgelöst. Der Zeithorizont erstreckt sich allerdings über die nächsten 25 Jahre.
<b>Massnahme</b>	Termingerechte Projektierung, Erstellung und Inbetriebnahme der grossen Investitionsvorhaben im Strassenverkehr: Westumfahrung von Zürich mit Üetlibergtunnel, N4 Knonaueramt, Ausbau der Nordumfahrung von Zürich
<b>Stand</b>	Im Plan
<b>Kommentar</b>	Alle Arbeiten an der Westumfahrung Zürich mit Üetlibergtunnel und an der N4 im Knonaueramt sowie am Ausbau der Nordumfahrung von Zürich liegen im Plan.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Geplante Eröffnungen (frühestmöglich): <ul style="list-style-type: none"> <li>- Westumfahrung mit Üetlibergtunnel: 2008</li> <li>- N4 im Knonaueramt: 2010</li> <li>- Ausbau Nordumfahrung Zürich: 2012, ist jedoch vom Ablauf der Auflageverfahren abhängig</li> </ul>
<b>Massnahme</b>	Betriebliche Optimierung des Gesamtverkehrs durch Umsetzung des Konzepts «Integriertes Verkehrsmanagement» (IVM)
<b>Stand</b>	Erarbeitung der regionalen Steuerungskonzepte (RVS) im Gange

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Das wichtigste Kernprodukt des IVM sind die regionalen Verkehrssteuerungen (RVS). Die RVS-Konzepte im Glattal, Teilraum A (Opfikon – Kloten) und Teilraum B (Wallisellen – Dietlikon – Wangen – Brüttisellen) befinden sich in Umsetzung. Im Sinne der RVS-Konzeption werden diese Teilräume als Pilotprojekte verstanden. Die weiteren RVS-Konzepte im Glattal (Teilraum C sowie Gesamtübersicht), im Limmattal sowie in Winterthur und Umgebung werden parallel auf Basis eines Dachkonzeptes bearbeitet. Die Analyse der Verkehrsgrundlagen wurde zum Jahresende abgeschlossen. Parallel dazu wird die systemtechnische Integration in das Verkehrsmanagement ZH vorangetrieben, welches auch die Verkehrsbeeinflussungsanlagen der Autobahnen umfasst. Diese werden zurzeit in Projekten schrittweise entwickelt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Konzepte werden bis Mitte 2006 abgeschlossen sein. Die anschliessende Synthese über alle Räume und Massnahmen ist die Vorleistung für einen RRB, der für die Umsetzung erforderlich ist.
<b>Massnahme</b>	Wahrung der Interessen des Kantons Zürich in den nationalen Projekten Bahn 2000 2. Etappe, NEAT und Anschluss ans europäische Hochleistungsnetz der Eisenbahnen
<b>Stand</b>	Z. T. erfüllt
<b>Kommentar</b>	Höchste Priorität geniesst die fristgerechte Verwirklichung der neuen Durchmesserlinie. Dies wurde dem Bund gegenüber verschiedentlich ausgedrückt. Der Kanton Zürich darf auf Grund seiner klaren Zustimmung zur NFA erwarten, dass diese Solidarität im Falle des Durchgangsbahnhofs erwidert wird. Die Planungen für den weiteren Ausbau des nationalen Bahnnetzes (NEAT-Zulaufstrecken und Ausbau Hauptachsen) laufen unter der Bezeichnung «Zukünftige Entwicklung Bahnprojekte» (ZEB) unter Ausschluss der Kantone. Eine Vernehmlassung zur Botschaft wird Ende 2006 erfolgen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Weiterhin Beobachtung der Aktivitäten und allfälliges Vorstelligwerden beim Bund
<b>Massnahme</b>	Planung der weiteren Ausbautappen der S-Bahn und von langfristigen Entwicklungsvorstellungen des öffentlichen Verkehrs im Agglomerationsbereich
<b>Stand</b>	Die Planungen sind sehr weit fortgeschritten und werden wie vorgesehen vorangetrieben.
<b>Kommentar</b>	Das Projekt S-Bahn 2012 (= Fahrpläne und Infrastrukturausbauten für die Durchmesserlinie) ist erfolgreich abgeschlossen. Das Folgeprojekt 4. Teilergänzung S-Bahn wurde gestartet. Die Planungen werden dabei verfeinert, eine Kreditvorlage wird vorbereitet.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Kreditantrag 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich wird etwa Ende 2007 beschlussreif.
<b>Massnahme</b>	Termingerechte Projektierung, Erstellung und Inbetriebnahme der grossen Investitionsvorhaben im öffentlichen Verkehr: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, 3. Teilergänzung S-Bahn und Glattalbahn

<b>Stand</b>	Keine Änderungen gegenüber Vorjahr
<b>Kommentar</b>	Die Projekte verlaufen termingerecht. Die Finanzierung des Bundesanteils an der Durchmesserlinie muss im Jahr 2006 gesichert werden, sonst droht ein Baustopp.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Keine Änderungen
<b>Massnahme</b>	Implementierung der Controlling-Instrumente und -Prozesse zur gezielten Umsetzung und periodischen Aktualisierung der Gesamtverkehrskonzeption
<b>Stand</b>	Im Berichtsjahr eine Testphase durchgeführt
<b>Kommentar</b>	Die Testphase, in welcher einzelne Indikatoren geprüft wurden, hat ergeben, dass verschiedene Fragen noch nicht gelöst sind. Insbesondere bestehen weiterhin klärungsbedürftige organisatorische Probleme (Akzeptanz, Schnittstellenproblematik). Das Projekt benötigt deshalb in zeitlicher Hinsicht eine längere Umsetzungsphase.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das weitere Vorgehen wird bis Mitte 2006 im Rahmen der Schlussbericht-erstattung zur GVK festgelegt.
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Voraussetzungen für eine effiziente und langfristige Finanzierung von Betrieb und Unterhalt sowie der wichtigen Investitionen der Verkehrsträger schaffen
<b>Massnahme</b>	Entwicklung und Auswahl von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung unter den sich ändernden Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene und unter Berücksichtigung der Sanierungsziele für den Staatshaushalt
<b>Stand</b>	Verschiedene Grundlagen wurden bereits erarbeitet.
<b>Kommentar</b>	Im Berichtsjahr wurden das bestehende Verkehrsfinanzierungssystem eingehend analysiert, der Handlungsbedarf im Verkehrsfinanzierungsbereich ermittelt und die verschiedenen Handlungsoptionen aufgezeigt. Es hat sich gezeigt, dass sich die bestehenden Verkehrsfinanzierungsströme durch Reformvorhaben auf Bundesebene in den kommenden Jahren wesentlich verändern werden. Die Auswirkungen dieser Veränderungen wurden geschätzt, weisen aber noch grosse Unbekannte auf. Es muss mit einer Finanzierungslücke gerechnet werden, zu deren Deckung verschiedene Handlungsoptionen bestehen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das weitere Vorgehen wird bis Mitte 2006 im Rahmen der Schlussbericht-erstattung zur GVK festgelegt.
<b>Massnahme</b>	Sicherung der bewährten Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der NFA und der Bahnreform II
<b>Stand</b>	Laufende Anstrengungen
<b>Kommentar</b>	Die Bahnreform II ist von den Räten an den Bundesrat zurückgewiesen worden. Der Bundesrat will dem Parlament die unbestrittenen Elemente in einem ersten Reformpaket so rasch wie möglich beantragen. Die Infrastrukturfinanzierung soll im 3. Paket neu geregelt werden. Die Auswirkungen der NFA sind noch nicht klar. Es gilt die Ausführungsgesetzgebung abzuwarten, um zu sehen, ob Handlungsbedarf gegeben ist.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Weiteres Vorgehen	Formelle und informelle Möglichkeiten der Einflussnahme des Kantons werden weiterhin wahrgenommen.
Strategisches Ziel	3. Sanierung von Altlasten und Schaffung der Voraussetzungen für das Flächenrecycling
Massnahme	Erstellen des Katasters der belasteten Standorte
Stand	Arbeiten erfolgen gemäss Projektplan
Kommentar	Bis Ende Berichtsjahr konnten 42 Prozent der Standorte abgeklärt werden.
Weiteres Vorgehen	Der Abschluss ist auf 2012 geplant.

## Soziale Sicherheit und Integration

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Alle Bevölkerungsgruppen integrieren
<b>Massnahme</b>	Umsetzung der Behindertenpolitik gemäss Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes
<b>Stand</b>	Laufende Umsetzung
<b>Kommentar</b>	Der Regierungsrat hat am 26. November 2003 den Bericht zur Politik mit Behinderten vorgelegt, dem der Kantonsrat (KR-Nr. 279/2001) 2004 zugestimmt hat. Der Bericht bildet die Grundlage für die Tätigkeit aller Direktionen und Ämter. Mit der NFA geht die Finanzierung von Behinderteneinrichtungen vom Bund (IV) an den Kanton über, wobei bei einem Inkrafttreten auf 1. Januar 2008 bis 2010 eine Besitzstandgarantie gilt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Im Zusammenhang mit der NFA werden die konzeptionellen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Aufgaben und die Finanzierung im Bereich Behinderteneinrichtungen vom Bund zu übernehmen. Ausstehend sind dabei allerdings noch die definitiven rechtlichen Vorgaben in den massgeblichen Gesetzen des Bundes.
<b>Massnahme</b>	Verstärkung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen (IIZ)
<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	Im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen den folgenden Partnern abgeschlossen: Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Wirtschaft und Arbeit; Direktion für Soziales und Sicherheit, Kantonales Sozialamt; Bildungsdirektion, Amt für Jugend und Berufsberatung; Sozialversicherungsanstalt Zürich, IV-Stelle. Ziel ist es, Personen (14–65 Jahre) in desintegrierend wirkenden Lebenssituationen früh zu erkennen und sie so rasch als möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren beziehungsweise ein Herausfallen aus dem Arbeitsprozess zu verhindern. Aus der Vernetzung des Spezialistenwissens der IIZ-Netzwerkpartner sollen Kosteneinsparungen resultieren. Ein erster Pilotbetrieb wurde im Oktober in der Stadt Uster gestartet. Dieser wird bis Ende 2006 laufen. Auf der operationellen Ebene wurde die Zusammenarbeit zwischen RAV und IV klarer ausgestaltet und intensiviert. Die Regelung der IIZ ist auch Bestandteil des bis Ende November in die Vernehmlassung gegebenen Entwurfs für eine Revision des Sozialhilfegesetzes. Mit den geänderten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien), welche seit Oktober des Berichtsjahres von den Gemeinden im Kanton Zürich verbindlich anzuwenden sind, wurden noch vermehrt Anreize für die soziale und berufliche Wiedereingliederung geschaffen («Arbeit statt Fürsorge»).



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Weiteres Vorgehen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inbetriebnahme weiterer Regionaler IIZ-Netzwerke im Kanton Zürich. Mit den Städten Winterthur und Zürich sollen weitere Vereinbarungen abgeschlossen werden.</li> <li>- Beteiligung an den Projekten des seco zur Schaffung von Medizinisch arbeitsmarktlichen Assessmentzentren (MAMAC)</li> <li>- Revision des Sozialhilfegesetzes (in den Jahren 2006/2007)</li> </ul>
Massnahme	Bekämpfung der verschiedenen Formen der Suchtproblematik unter Weiterführung der 4-Säulen-Politik
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Mit dem Bericht der eidgenössischen Drogenkommission «psychoaktiv.ch» wurde das 4-Säulen-Modell um eine Dimension erweitert. Der Bericht fordert eine Ausweitung der Drogenpolitik auf eine umfassende Sichtweise aller psychoaktiven Substanzen, auch der heute legalen wie Alkohol und Tabak. Mit der Vorlage 4293 wurde das Postulat KR-Nr. 164/2003 betreffend Bedarfsermittlung und Bedarfsplanung im Bereich Drogenhilfe beantwortet. Es wurde festgestellt, dass im stationären Bereich eine ausreichende Platzzahl für suchtmittelabhängige Personen besteht.
Weiteres Vorgehen	Es ist vorgesehen, die Erkenntnisse und Massnahmen aus dem Bericht «psychoaktiv.ch» auf ihre Tauglichkeit für den Kanton Zürich zu prüfen. Die Ziele sind: Minimierung von problematischem Konsum und Abhängigkeit, Förderung der Selbstverantwortung und optimale Wirkung von allfälligen staatlichen Massnahmen.
Massnahme	Bildungspolitik: institutionalisierter Austausch zwischen Arbeitsmarkt-Beobachtung und Bildungsplanung, besonders im tertiären Bereich
Stand	Pendent
Kommentar	2004 wurde ein Projekt zur institutionellen Zusammenarbeit gestartet. Zurzeit werden jedoch im Projekt keine weiteren Aktivitäten wahrgenommen.
Weiteres Vorgehen	Nach Verabschiedung des Berichts Standortpolitik durch den Regierungsrat werden weitere Aktivitäten geprüft.
Massnahme	Sicherung und Förderung der Sozialpartnerschaft
Stand	Pendent
Kommentar	Es besteht Klärungsbedarf bezüglich Inhalt, Stossrichtung und Verantwortung. Im Rahmen der Tripartiten Kommission finden regelmässige Kontakte mit den Sozialpartnern und darüber hinaus Gespräche mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden statt.
Weiteres Vorgehen	Zuständigkeit klären
Strategisches Ziel	2. Zur Erhaltung und Konsolidierung der Sozialwerke beitragen
Massnahme	Neuregelung des innerkantonalen sozialen Lastenausgleichs, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belastung der Gemeinden mit Sozialaufgaben und -lasten
Stand	Bearbeitung im Rahmen der Fortsetzung des Projektes Reform Zürcher Finanzausgleich

<b>Kommentar</b>	Das bis nach der Abstimmung zum neuen Volksschulgesetz sistierte Projekt REFA wurde im Herbst wieder aufgenommen. Dabei wurde die Weiterführung der Arbeiten beschlossen mit dem Auftrag an die JI, ein neues Finanzausgleichssystem auszuarbeiten.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Entwurf des Reformmodells bis Mitte 2006 und Entwurf des reformierten Finanzausgleichsgesetzes bis Ende 2006
<b>Massnahme</b>	Sozialhilfe noch stärker darauf ausrichten, dass sie zur Rückkehr in die wirtschaftliche Selbstständigkeit führt.
<b>Stand</b>	Planmässige Umsetzung
<b>Kommentar</b>	Im Dezember 2004 wurden die geänderten SKOS-Richtlinien verabschiedet. Diese enthalten namentlich eine Verstärkung der Anreize zur Erwerbstätigkeit sowie der Missbrauchsbekämpfung. Der Kanton Zürich hat sich stark für diese neue Stossrichtung eingesetzt. Die Richtlinien dienen gemäss Regelung in der Sozialhilfeverordnung weiterhin einheitlich als Bemessungsgrundlage für die Sozialhilfe im Kanton Zürich, wobei die Verordnung auf die Fassung vom Dezember 2004 abstellt. Die Richtlinien sind seit Oktober des Berichtsjahres in allen Gemeinden im Kanton Zürich verbindlich anzuwenden, wobei vorgängig die entsprechende Ausbildung erfolgte. Die Förderung der Eingliederung in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt bildet auch Bestandteil des bis Ende November in die Vernehmlassung gegebenen Entwurfs für eine Änderung des Sozialhilfegesetzes. Die Ausrichtung der Sozialhilfe liegt in der Zuständigkeit der Gemeinden. Deren Umfang (Fallzahlen) ist stark von exogenen Faktoren bestimmt (z. B. Arbeitsmarktlage).
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Nächster Schritt beim Sozialhilfegesetz: – Revision des Sozialhilfegesetzes (in den Jahren 2006/2007)
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Die medizinische Versorgung vor dem Hintergrund zunehmend knapper werdender Ressourcen sichern
<b>Massnahme</b>	Überprüfen der Leistungen, Strukturen, Standards und der Qualität zur nachhaltigen Umsetzung der Massnahmen des San04
<b>Stand</b>	Massnahmen nach San04 weitgehend erfüllt
<b>Kommentar</b>	Per 1. Januar 2006 ist die Klinik Hohenegg nicht mehr zur Behandlung von nur allgemeinversicherten Patientinnen und Patienten zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung zugelassen. Gegen den Entzug der Staatsbeitragsberechtigung ist noch eine Beschwerde vor Verwaltungsgericht hängig. Das Versorgungskonzept Leistungskonzentration Wirbelsäulenchirurgie wurde ausgearbeitet. Es wirkt sich sowohl auf die Kosten als auch auf die Leistungsqualität positiv aus.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Umsetzung des Konzeptes
<b>Massnahme</b>	Verbesserung des Ressourceneinsatzes und Erhöhung der Kostentransparenz durch Verbesserung der Kostenträgerrechnung
<b>Stand</b>	Weitgehend erreicht
<b>Kommentar</b>	Die Kostenträgerrechnung für die somatische Akutversorgung ist eingeführt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Vollständige Einführung der Kostenträgerrechnung in der Psychiatrie

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Interessenwahrung des Kantons Zürich

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Einflussnahme auf Bundesebene stärken
<b>Massnahme</b>	Verstärkung des Engagements in der KdK wie auch in den Fachdirektorenkonferenzen
<b>Stand</b>	Laufend, mit neuen Akzenten
<b>Kommentar</b>	Im Laufe des Jahres 2004 übernahm Regierungsrat Dr. Markus Notter das Präsidium der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD). In dieser Funktion präsidiert er auch die horizontale Arbeitsgruppe der Interkantonalen Begleitorganisation Schengen/Dublin. Bereits im Jahr 2003 übernahm die Volkswirtschaftsdirektion die Geschäftsstelle der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK). Mehrere Regierungsmitglieder sind in den Vorständen ihrer jeweiligen Regierungskonferenzen vertreten.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die innerkantonale Begleitorganisation für die Bilateralen II legt einen Schwerpunkt im Bereich Schengen/Dublin. Die Federführung in diesem Bereich hat im Berichtsjahr die DS übernommen, wobei alle Direktionen hierfür besondere Ansprechpersonen bezeichnet haben.
<b>Massnahme</b>	Vermehrte und intensivere Mitwirkung bei der Revision bzw. Schaffung von Bundesgesetzen
<b>Stand</b>	Im üblichen Rahmen
<b>Kommentar</b>	Ein starkes Engagement durch die JI erfolgte bei der STGB-Revision. Interweniert wurde auch bei der Prämienverbilligung mit dem Ergebnis einer finanziellen Beteiligung des Bundes an der Kostendynamik eines Sozialzieles. Die dabei initiierte Klarstellung der Kostenfolgen führte schliesslich zum Verzicht auf ein Sozialziel.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Einflussnahme auf den Bund für eine griffige Migrationspolitik
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Die Einflussnahme auf den Bund ist ein ständiger Prozess: Es werden alle Möglichkeiten und Mittel genutzt, um präsent zu sein und die Anliegen des Kantons direkt vorzubringen. Dazu trägt auch ein jährlich erstellter Bericht an den Bund bei, welcher auf verstärkte Anstrengungen des Bundes bei seiner Vollzugsunterstützung (Papierbeschaffung usw.) hinwirken soll. Die neu geschaffene Plattform Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)/Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)/Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) fördert das Erarbeiten konstruktiver Lösungen im Ausländer- und Asylbereich zwischen Bund und Kantonen. Die SODK ist durch den Vorsteher der Direktion für Soziales und Sicherheit als deren Vizepräsident vertreten.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Mitwirkung des Kantons in den Projektgruppen der NFA-Organisation des Bundes

<b>Stand</b>	Punktuelle Verbesserungen; im Rahmen des Möglichen erreicht
<b>Kommentar</b>	Der Kanton Zürich ist in den folgenden drei Projektgruppen des Bundes vertreten: Agglomerationsverkehr, Verbesserung statistische Grundlagen ASG sowie Statistische Grundlagen Sozio-demografischer Lastenausgleich. Es konnte einiges bewirkt werden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Steueramt ist in der Arbeitsgruppe Qualitätssicherung Ressourcenpotential vertreten. Für diese Arbeitsgruppe soll inskünftig im Rahmen einer Verordnung des Bundes eine Rechtsgrundlage geschaffen werden.
<b>Massnahme</b>	Verstärkung der Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene
<b>Stand</b>	Punktuelle Verbesserungen; im Rahmen des Möglichen erreicht
<b>Kommentar</b>	Es besteht eine enge Zusammenarbeit und die Vernetzung mit der Bundeskanzlei ist gut und aktiv. Im Bereich des Gesetzgebungsdienstes besteht eine gute Zusammenarbeit mit dem Sprachdienst der Bundeskanzlei. Es ergaben sich neue Kontakte mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung im Rahmen der Erarbeitung der neuen Rechnungslegung (IPSAS). Seit 2005 beteiligt sich der Kanton Zürich an der nationalen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK), (JI, Strafverfolgung Erwachsene; DS, Kantonspolizei).
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, Regionen und grenznahen ausländischen Nachbarn verstärken
<b>Massnahme</b>	Stärkung der Greater Zurich Area
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Der Kanton Aargau ist beigetreten, Anfragen bei den Kantonen Thurgau und Luzern laufen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Attraktivität für Unternehmungen muss verbessert werden.
<b>Massnahme</b>	Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Es gibt einen Zusammenschluss mit anderen NFA-Geberkantonen in der Geberkonferenz mit dem Ziel der Interessenwahrung. Für die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen im Bereich der Steuern kann auf die intensiven Kontakte hingewiesen werden, die das Steueramt im Rahmen der Schweizerischen Steuerkonferenz mit anderen kantonalen Steuerverwaltungen pflegt. 7 Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen stehen unter dem Vorsitz von Kadermitarbeitenden des KstA. Aktive Mitarbeit besteht auch in interkantonalen Gremien im Informatikbereich.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Gegenseitige Information unter verschiedenen Kantonen über die Umsetzung der NFA in den Kantonen.
<b>Massnahme</b>	Gezielte aktive Mitwirkung in regionalen Regierungskonferenzen und interkantonalen Gremien (z. B. Linth-Kommission, Energiefachstellenkonferenz)
<b>Stand</b>	Courant normal

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Die Kantonsbaumeister-Konferenz Ostschweiz sowie das Fürstentum Liechtenstein haben eine Bauprojekt Datenbank erarbeitet, in welcher die Beteiligten die Kennwerte ihrer Hochbauten eingeben können. Zusätzlich wurde eine internetbasierte Datenbank erarbeitet, in welcher die Kantone Bewirtschaftungsdaten von Verwaltungs-, Schul- und Gesundheitsbauten erfassen können.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Standards und Kennwerte für Hochbauten werden ab 2006 in die Bauprojekt Datenbank eingegeben.
<b>Massnahme</b>	Verstärkung der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg auf Regierungs- und Verwaltungsebene
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Im September fand ein Treffen des Regierungsrates mit der Landesregierung von Baden-Württemberg statt. Dazu gab es Ministergespräche und ein Unternehmerforum. Die Zusammenarbeit im Cluster Life Science wurde vertieft. Das gemeinsame Interreg-Projekt zur Unternehmensnachfolge läuft erfolgreich.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Ein weiteres Forum und eine Vertiefung verschiedener Themen an den nächsten Ministergesprächen sind für 2006 geplant.
<b>Massnahme</b>	Institutionalisierung eines Gesprächsforums mit dem Regionalverband Hochrhein-Bodensee
<b>Stand</b>	–
<b>Kommentar</b>	Wird im Rahmen der Raumordnungskonferenz (ROK) Bodensee verfolgt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Europäische und weitere Integration vorausschauend angehen
<b>Massnahme</b>	Regelmässige Berichterstattung durch Koordinationsgremium für Europa- und grenzüberschreitende Fragen (KEGEF)
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Die Publikation des KEGEF-Berichts über die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts gegenüber dem Weg des Bilateralismus aus der Sicht des Kantons Zürich wurde wegen der laufenden politischen Abstimmungen ausgesetzt. Das umfangreiche Werk wurde daraufhin aktualisiert und wird Anfang 2006 in Buchform erscheinen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Aktives Verfolgen und Mitgestalten der landesgrenzüberschreitenden Raumentwicklung
<b>Stand</b>	–
<b>Kommentar</b>	Die Mitwirkung an der landesgrenzüberschreitenden Raumentwicklung wird durch die ROK Bodensee und Projekte in Interreg III angestrebt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Gezielte aktive Mitwirkung in internationalen Gremien (z.B. Internationale Bodenseekonferenz, Internationale Kommission zum Schutz des Rheins)

Stand	Z. T. verstärkt
Kommentar	Die bestehenden Kanäle wurden weiter genutzt. Die Mitwirkung im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz hat sich im Berichtsjahr mit Blick auf das Vorsitzjahr Zürichs 2006 noch verstärkt.
Weiteres Vorgehen	–

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Bildung und Kultur

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Volksschulreform abschliessen
<b>Massnahme</b>	Förderung der sozialen Integration in der Volksschule durch weitergehende Tagesstrukturen, koordinierte Unterrichtszeiten (Blockzeiten) sowie Massnahmen für Schulen mit einem hohen Anteil Fremdsprachiger (QUIMS)
<b>Stand</b>	Abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Das Gesetz wurde im Berichtsjahr in der Volksabstimmung angenommen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Vier Ausführungsverordnungen sind in Vernehmlassung, Erlasse und Inkraftsetzung erfolgen ab 2006 (schrittweise).
<b>Massnahme</b>	Umsetzen des Gesamtsprachenkonzepts mit der Förderung der deutschen Standardsprache und zwei Fremdsprachen in der Primarschule
<b>Stand</b>	Abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Die Umsetzung dieser Massnahme wurde ebenfalls im neuen Volksschulgesetz verankert.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	S. oben
<b>Massnahme</b>	Durchführung eines Schulversuchs mit der Grundstufe
<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	In verschiedenen Gemeinden des Kantons Zürich werden in Koordination mit sämtlichen Deutschschweizer Kantonen Schulversuche mit der Grundstufe durchgeführt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	S. oben
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Die Erklärung von Bologna im Hochschulbereich und die Reform der Zürcher Fachhochschule umsetzen
<b>Massnahme</b>	Universität und Zürcher Fachhochschule sollen bis 2010 gestufte Ausbildungsgänge mit Bachelor- und Masterstudiengängen einführen, deren Lehrgänge modularisiert sind.
<b>Stand</b>	Die Bologna-Reform ist in Umsetzung.
<b>Kommentar</b>	An der Zürcher Fachhochschule (ZFH) wurden die ersten Bachelor-Studiengänge im Berichtsjahr gestartet. 2006 werden die weiteren Bachelor-Studiengänge umgesetzt sein. Als Ausnahmen wurden ab Berichtsjahr der Masterstudiengang Architektur an der ZHW sowie 2006 Filmrealisation an der HGKZ bewilligt; weitere Masterstudiengänge an der ZFH sollen 2008 folgen. An der Universität Zürich werden laufend neue Studiengänge nach dem Bologna-Modell umgesetzt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Umsetzung an beiden Hochschulen wird planmässig fortgesetzt. Die Umstellungen werden vor 2010 abgeschlossen.
<b>Massnahme</b>	Erbrachte und überprüfte Studienleistungen sollen zur Förderung der Mobilität mit international anerkannten Kreditpunkten (ECTS) versehen werden.
<b>Stand</b>	Das Kreditpunktesystem ist in der Umsetzungsphase.

<b>Kommentar</b>	Parallel zur oben erwähnten Einführung des Bologna-Modells an der ZFH und an der Universität Zürich wird auch ein Kreditpunktesystem (gemäss ECTS) eingeführt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Einführung wird weiterhin planmässig fortgesetzt.
<b>Massnahme</b>	Schaffung von Fachhochschul-Kompetenzzentren (Centers of Excellence) mit Ausrichtung auf eine enge Partnerschaft mit der Universität und der ETH Zürich. Totalrevision des kantonalen Fachhochschulgesetzes, damit die Zürcher Fachhochschule mit eigener Rechtspersönlichkeit und modernen Führungsstrukturen ausgestaltet werden kann.
<b>Stand</b>	Grundlagenerarbeitung abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Mit dem Transfer des Studienganges Chemie wird der Aufbau des Life-Science-Kompetenzzentrums Wädenswil abgeschlossen. Zum Fachhochschulgesetz wurde im Frühjahr 2005 die Vernehmlassung durchgeführt; die Vorlage wird 2006 dem Kantonsrat unterbreitet. Im Rahmen des Aufbaus der im Fachhochschulgesetz vorgesehenen drei Hochschulen der ZFH werden auch die strategischen Schwerpunkte überarbeitet.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Beratung des Fachhochschulgesetzes im Kantonsrat 2006, Inkrafttreten für Mitte 2007 vorgesehen.
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Breites und hoch stehendes Kulturangebot im Kanton erhalten
<b>Massnahme</b>	Verwirklichen des interkantonalen Lastenausgleichs im Kulturbereich (NFA)
<b>Stand</b>	Die Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen ist gescheitert.
<b>Kommentar</b>	Die Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen ist zwar von drei (LU, SZ, ZH) der vier beteiligten Kantone angenommen worden. Das Nein des Zuger Parlaments hat das Inkrafttreten aber verhindert. Dem Kanton Zürich entgehen damit bedeutende jährliche Beitragsleistungen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Direktion der Justiz und des Innern bemüht sich weiter für ein Zustandekommen einer Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen.
<b>Massnahme</b>	Umsetzung des kantonalen Kulturleitbildes
<b>Stand</b>	Verläuft weiterhin planmässig
<b>Kommentar</b>	Teil der Umsetzung des kantonalen Kulturleitbildes ist die Förderung des kulturellen Lebens in den Zürcher Gemeinden. Subsidiäre Beiträge für die eindruckliche Zahl von rund 1300 Veranstaltungen ist das Resultat entsprechender Bemühungen. Die neue Produktionsstätte des Theaters für den Kanton Zürich konnte termingerecht im Herbst bezogen werden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Förderung und Berücksichtigung hoch stehender Architektur
<b>Stand</b>	Realisierung soweit im Rahmen der eingeschränkten personellen und finanziellen Ressourcen möglich



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Einige wichtige Entwicklungsplanungen und Bauprojektwettbewerbe konnten trotz Einschränkungen durch die Sparprogramme San04 und MH06 durchgeführt werden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Weiterhin Konzentration der Wettbewerbsausschreibungen auf wichtige Vorhaben, vereinfachte Verfahren soweit gemäss Submissionsvorschriften möglich
<b>Massnahme</b>	Erhaltung und Pflege von Kulturobjekten
<b>Stand</b>	Reduzierte Ausführung
<b>Kommentar</b>	Infolge Kürzung der Mittel im San04 und MH06 kann der Auftrag zur Erhaltung und Pflege von Kulturobjekten nur reduziert wahrgenommen werden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Es wird so weit wie möglich versucht, die politischen Vorgaben umzusetzen.

## Öffentliche Sicherheit

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gewährleisten
<b>Massnahme</b>	Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden
<b>Stand</b>	Ständiger Auftrag
<b>Kommentar</b>	Der Regierungsrat hat am 23. November beschlossen, das Polizeiorganisationsgesetz (POG) auf den 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen. Dieses bildet die verbindliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizei.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Verstärkung der internationalen und interkantonalen Polizeizusammenarbeit
<b>Stand</b>	Ständiger Auftrag
<b>Kommentar</b>	Die kantonsübergreifende Polizeizusammenarbeit ist in Art. 29 POG neu wegweisend verankert. Durch die Annahme des bilateralen Abkommens zu Schengen/Dublin am 5. Juni wurde die Voraussetzung für eine zusätzliche Verstärkung der internationalen Polizeizusammenarbeit geschaffen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Massnahme</b>	Erhöhung der Verkehrssicherheit
<b>Stand</b>	Intensivierte Bemühungen in einer Daueraufgabe
<b>Kommentar</b>	<p>Einen Schwerpunkt bildete weiter die Bekämpfung des Rasertums. Dazu wurden u. a. folgende Massnahmen ergriffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Auf Risikogruppen ausgerichtete Präventionskampagnen</li> <li>– Geschwindigkeitskontrollen, technische Kontrollen der Fahrzeuge, vor allem auch nachts</li> <li>– Gezielte administrative Massnahmen (Führerausweisentzug)</li> </ul> <p>In verschiedenen, teilweise mehrmals durchgeführten Aktionen der Verkehrsvollzugspolizei wurde das Augenmerk auf Fahrfähigkeit und Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmenden sowie die Sensibilisierung der Fahrzeuglenkenden auf das frühere Eindunkeln beim Wechsel auf Winterzeit gelegt.</p>
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Umsetzung der im Berichtsjahr in Kraft getretenen Änderungen des Strassenverkehrsrechts auf Bundesebene (Senkung der Alkohol-Promille-Grenze, Führerausweis auf Probe, Erhöhung der Mindestentzugsdauer bei schweren Widerhandlungen und Wiederholungstätern)
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Strafverfahren koordinieren und optimieren
<b>Massnahme</b>	Volksabstimmung über Revision der Strafprozessgesetzgebung, Umsetzung der neuen Gesetzgebung ab Mitte 2004
<b>Stand</b>	Das neue Verfahrensrecht befindet sich in der operativen Umsetzung.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	Am 1. Januar ist das revidierte Strafverfahrensrecht in Kraft getreten, ebenso eine neue Organisationsverordnung für die Oberstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaften. Gestützt auf diese Grundlagen konnte die Regionalisierung der Staatsanwaltschaften (durch Zusammenzug mehrerer ehemaliger Bezirksanwaltschaften) teilweise bereits umgesetzt werden. Nach den Gesamterneuerungswahlen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Sommer ist der Erlass einer Wahlfähigkeitsverordnung per 1. Januar 2006 realisiert worden, mit welcher die Qualität von Rekrutierungsverfahren gesichert werden soll. Zudem hat die JI für die hierfür eingesetzte Prüfungskommission ein Reglement erlassen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Im Bereich See-Oberland wird die geplante Regionalisierung organisatorisch im Frühjahr und im Herbst 2006 auch hinsichtlich eines neuen Standortes abgeschlossen.
<b>Massnahme</b>	Unterstützung der Effizienzvorlage des Bundes, insbesondere einer Zweigstelle der Strafverfolgungsorgane des Bundes im Grossraum Zürich; Planung, Zuständigkeitsabgrenzungen usw. frühzeitig mit Bundesanwaltschaft klären
<b>Stand</b>	Das Operative Working Agreement (OWA) wurde abgeschlossen.
<b>Kommentar</b>	Die Zweigstelle der Strafverfolgung vom Bund in Zürich ist eingerichtet worden; die Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft ist gut eingespielt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Laufende Umsetzung der vereinbarten Zusammenarbeitsmassnahmen, insbesondere institutionalisierter Informationsaustausch
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Die Bewältigung ausserordentlicher Lagen im Kanton Zürich sicherstellen
<b>Massnahme</b>	Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen, Schaffung eines Risikocontrollings
<b>Stand</b>	Planmässige Umsetzung
<b>Kommentar</b>	Im September des Berichtsjahres hat der Regierungsrat das aktuelle Konzept zur Führung in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen genehmigt. Das Konzept geht von den heutigen Anforderungen an die Ereignisbewältigung aus und berücksichtigt die aktuellen Vorgaben des Bundes.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Abgestimmt auf das erwähnte Konzept werden unter Federführung der DS die rechtlichen Grundlagen ausgearbeitet (kantonales Bevölkerungsschutzgesetz; Verordnung über die kantonale Führung in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen, mit deren Erlass die Verordnung über die zivile Kriegsorganisation des Kantons vom 16. Juli 1970 aufgehoben werden soll).
<b>Massnahme</b>	Positionierung der Aufgaben der technischen Werke im Rahmen des Bevölkerungsschutzes (z. B. Wasserver- und -entsorgung, Energieversorgung)
<b>Stand</b>	Auf Kurs

<b>Kommentar</b>	Im Rahmen des Projekts «Bevölkerungsschutz im AWEL» wurde systematisch der Stand der Vorbereitung der Fachbereiche des AWEL für die Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Ereignissen untersucht und es wurden – wo erforderlich – Vorschläge zur Verbesserung gemacht (Empfehlungen für den Vollzug sowie Vorschläge für Gesetzes- und Verordnungsänderungen). Ferner wurden die rechtlichen Grundlagen für eine Stärkung der Verursacherhaftung im Bereich des ABC-Schutzes vorbereitet.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Ausarbeitung der erforderlichen Rechtsänderungen
<b>Massnahme</b>	Aktualisierung der B- und C-Schutz-Konzepte
<b>Stand</b>	Verordnungsentwurf liegt vor
<b>Kommentar</b>	Es hat sich gezeigt, dass die bestehenden Konzepte für den Schutz vor atomaren, biologischen und chemischen Ereignissen überarbeitet werden müssen. Unter der Federführung des AWEL wird daher gegenwärtig eine Verordnung über den ABC-Schutz erarbeitet, welche regelt, wer zur Sicherstellung des ABC-Schutzes welche Aufgaben erfüllt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Ämterkonsultation im Frühling 2006

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Staatspolitische Reformvorhaben

<b>Strategisches Ziel</b>	1. Zur Reform der föderalistischen Strukturen beitragen
<b>Massnahmen</b>	Stärkung der Agglomerationen, bundesweit und innerkantonal
<b>Stand</b>	Erste Schritte sind gemacht.
<b>Kommentar</b>	Die regionalen Gesamtverkehrskonzepte für die Regionen Zürich, Winterthur, Glattal und Limmattal sind weitgehend fertig gestellt und können Anfang 2006 dem Regierungsrat vorgelegt werden. Gestützt auf diese regionalen Gesamtverkehrskonzepte hat das AFV eine Synthese erstellt. Diese dient als Basis für das Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr des Kantons Zürich, welches beim Bund zur Vorprüfung eingereicht werden soll, mit dem Ziel, Bundesbeiträge für den Agglomerationsverkehr zu erhalten. Die Eingabe beim Bund erfolgt voraussichtlich Anfang 2006 nach einem entsprechenden Beschluss des Regierungsrates.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	–
<b>Strategisches Ziel</b>	2. Die horizontale und die vertikale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden im Interesse einer breit abgestützten, wirksamen Agglomerationspolitik aktiv fördern
<b>Massnahme</b>	Förderung des interkantonalen Lastenausgleichs
<b>Stand</b>	Z. T. erreicht
<b>Kommentar</b>	Der interkantonale Lastenausgleich ist in insgesamt neun Bereichen zu realisieren. In den folgenden vier Bereichen ist bereits eine Zusammenarbeit vorhanden: Spitzenmedizin, Universitäten, Fachhochschulen und Institutionen zur Betreuung und Förderung Behinderter.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die Ratifizierung der interkantonalen Rahmenvereinbarung (IVR) ist im Gange. Das Gesetz über den Beitritt zur IRV ist bis Ende Februar 2006 in der Vernehmlassung und soll 2006 vom Kantonsrat beschlossen werden.
<b>Massnahme</b>	Bildung von verwaltungsinternen, direktions- und themenübergreifenden Arbeitsgruppen zur Formulierung und Umsetzung der Agglomerationspolitik
<b>Stand</b>	Vorarbeiten sind im Gang.
<b>Kommentar</b>	Die regionalen Gesamtverkehrskonzepte für die Regionen Zürich, Winterthur, Glattal und Limmattal wurden in spezifischen, auf die regionale Situation abgestimmten Projektorganisationen entwickelt. Die Koordination und die Erstellung des Syntheseberichts wurden im Rahmen einer verwaltungsinternen, direktions- und themenübergreifenden Arbeitsgruppe sichergestellt.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die vorgeschlagenen und weitere mögliche Trägerschaftsmodelle zur Erarbeitung der Agglomerationsprogramme (NFA) werden geprüft.
<b>Massnahme</b>	Entwicklung einer breit gefächerten Agglomerationspolitik für den Wirtschaftsraum Zürich mit Schwerpunkten in den Städten Zürich und Winterthur sowie im Glatt- und im Limmattal

<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	Unter der Leitung der Direktion für Justiz und Inneres wurde seitens des Kantons, zusammen mit den Städten Zürich und Winterthur sowie dem Gemeindepräsidentenverband, eine Studie ausgelöst, welche die Frage klären soll, ob und wie das vom Bund vorgeschlagene Strukturmodell der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) auf den Kanton oder Wirtschaftsraum Zürich angewendet werden kann. Ein entsprechender Grundlagenbericht liegt vor und soll in breitem Rahmen mit den Projektpartnern und allen Gemeinden und Regionen diskutiert werden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Abschluss der regionalen Gesamtverkehrskonzepte und Synthesebericht im 2005, weitere Arbeiten in den entsprechenden Projektgruppen
<b>Massnahme</b>	Abstützung der Agglomerationspolitik durch Aufbau bzw. Ausbau geeigneter Organisationsformen für den Dialog und die Zusammenarbeit mit Bund, Nachbarkantonen und -regionen sowie regionalen und kommunalen Institutionen
<b>Stand</b>	Mitwirkung bei Einzelvorhaben
<b>Kommentar</b>	Für die unverbindliche, informelle Zusammenarbeit wurde zur Begleitung des Agglomerationsprogrammes Siedlung und Verkehr eine Koordinationsgruppe mit Beteiligung der kantonalen Ämter, der Planungsregionen, der Nachbarkantone sowie des Bundes geschaffen. Allfällige weitere Schritte sind erst in Abhängigkeit der Diskussionen über die Anwendbarkeit des Strukturmodells der TAK auf den Kanton Zürich weiter zu vertiefen.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-
<b>Massnahme</b>	Prüfung neuer Trägerschaftsformen für den Bau, Betrieb und Unterhalt des Strassennetzes in Agglomerationsräumen
<b>Stand</b>	Im Rahmen der Neuausrichtung des Tiefbauamts 2010 werden Public Private Partnership (PPP) für bestimmte Aufgaben geprüft.
<b>Kommentar</b>	Neue Trägerschafts- und Finanzierungsmodelle sind jedoch von der Umsetzung des NFA im Kanton Zürich sowie den Trägerschaften im Agglomerationsverkehr des Kantons Zürich abhängig.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Für weitere Aktivitäten sind die NFA-Bundesgesetzgebungen abzuwarten.
<b>Massnahme</b>	Förderung von Agglomerationsprogrammen und Modellvorhaben
<b>Stand</b>	Vorarbeiten mit Kanton Aargau (PAZ) und Projekt «Strukturen für eine bessere Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Zürich» lanciert.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

<b>Kommentar</b>	<p>Für kantonsinterne Problemstellungen ist gegenwärtig der Kanton Zürich die am besten geeignete Trägerschaft. Die Partizipation der betroffenen Akteure erfolgt über die bestehenden regionalen Planungsgruppen. Insbesondere ist die Beteiligung der Gemeinden beim Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) über den Verkehrsrat sichergestellt.</p> <p>Kantonsübergreifende Fragestellungen betreffen vor allem die Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau im Limmattal. Die Form dieser Zusammenarbeit ist allerdings noch nicht klar. Diese Aufgabe wird im Rahmen der Plattform Aargau-Zürich (PAZ) angegangen. Um für die komplexen Fragen der Zusammenarbeit in ihren unterschiedlichen Aspekten (horizontal und vertikal, innerkantonal und interkantonal) mögliche Lösungen zu diskutieren, hat der Kanton Zürich zusammen mit den Städten Zürich und Winterthur sowie Vertretern des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich das Projekt «Strukturen für eine bessere Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Zürich» lanciert, an dem sich auch der Bund im Rahmen eines Modellvorhabens beteiligt. Ziel dieses Modellvorhabens ist es auch, themenbezogen die mögliche Beteiligung von Akteuren im Wirtschaftsraum Zürich in geeigneten Trägerschaften aufzuzeigen.</p>
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Vorantreiben der erwähnten Arbeiten
<b>Strategisches Ziel</b>	3. Eine innovative und anpassungsfähige Verwaltung schaffen und konsolidieren
<b>Massnahme</b>	Konsolidierung e-Government
<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	Der Relaunch des Portals erfolgte im ersten Quartal.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	<p>Bereitstellen einer leistungs- und ausbaufähigen Infrastruktur für den Betrieb von kantonalen Internet-/Intranet-Websites</p> <p>Grobkonzept für den Aufbau einer Infrastruktur für die harmonisierte Abwicklung von Transaktionen liegt vor und Umsetzungsarbeiten sind gestartet.</p>
<b>Massnahme</b>	Standortkonzentration der kantonalen Verwaltung
<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	Das Teilprojekt Hochbauamt wurde zusammen mit dem Teilprojekt Liegenschaften ins Projekt Immobilien überführt, um die Grundlagen für die strategische Steuerung des Immobilienbereichs und für die Schaffung eines neuen Immobilienamtes zu erarbeiten. Dieses nimmt neu die Eigentümerfunktion wahr und ist – insbesondere für die Liegenschaften der Zentral- und der Bezirksverwaltung – der zentrale Bewirtschafter der Gebäude.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Aufbau des Immobilienamtes in der Baudirektion bis Mitte 2006
<b>Massnahme</b>	Weiterentwicklung der Rechnungslegung
<b>Stand</b>	Auf Kurs
<b>Kommentar</b>	Die Arbeiten zur Einführung der neuen Rechnungslegung gemäss IPSAS sind im Berichtsjahr planmässig vorangetrieben worden.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Die neue Rechnungslegung gemäss IPSAS soll bereits für das Budget 2007 Geltung haben.

<b>Massnahme</b>	Leistungsorientierte Entlohnung, Anreize schaffen für gezielte Weiterbildung
<b>Stand</b>	Z. T. erreicht
<b>Kommentar</b>	Die neue MAB mit Zielvereinbarungen wird mit Erfolg flächendeckend eingeführt. Sie bildet eine wesentliche Grundlage sowohl für die leistungsorientierte Entlohnung als auch für eine gezielte Planung von Weiterbildungsmassnahmen. Die Programme zur Führungsweiterbildung «ProFit» und «BeneFit» haben grosse Resonanz gefunden und haben sich etabliert.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	Das Integrale Personalentwicklungs-Konzept mit Neuerungen und Optimierungen steht zur Umsetzung bereit.
<b>Massnahme</b>	Förderung des Milizengagements in der Politik, insbesondere Koordination der Behördenschulung
<b>Stand</b>	Laufend
<b>Kommentar</b>	Die Behördenschulung bzw. die Koordination derselben hat im Verlaufe des Berichtsjahres folgende Schwerpunkte umfasst: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit dem Vollbetrieb von INFOSTAR (Informatisiertes Standesregister) seit Mitte Berichtsjahr zeigt sich deutlich, dass der First-Level-Support im Zivilstandswesen wesentlich umfangreicher ausfällt, als ursprünglich vom Bund kommuniziert.</li> <li>- Insbesondere die Themen «Gesetz über die politischen Rechte» und «neuer Lohnausweis» zeigten ein hohes Wissensbedürfnis der Gemeindevertreter.</li> <li>- Nebst den üblichen Weiterbildungskursen im Vormundschaftswesen wurden in der Berichtsperiode auf Grund der Einführung des Gesetzes über die politischen Rechte ausserordentliche Kurse zum Thema «Leitung der Gemeindeversammlung im Lichte der neuen Gesetzgebung» durchgeführt. Zudem fanden Schulungen im Bereich «Verarbeitung Gerichts- und Verwaltungsentscheide» statt.</li> </ul>
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-
<b>Massnahme</b>	Verankerung des Benchmarkings in der Verwaltung
<b>Stand</b>	Courant normal
<b>Kommentar</b>	Das zentrale Benchmarkingteam hat im Verlaufe des Berichtsjahres eine Reihe von Projekten im Sinne eines Controllings wiederholt und das Benchmarking weiter verankert. Zudem wurde ein Projekt Gemeindebenchmarking gestartet. Die BVK hat sich für die Rechnungsjahre 2003 und 2004 an einem schweizerischen (ausseramtlichen) Verwaltungskosten-Benchmarking beteiligt. Neben der BVK beteiligten sich 14 weitere grosse Pensionskassen am Projekt. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse hat die BVK auf ihrer Webseite veröffentlicht.
<b>Weiteres Vorgehen</b>	-